

, URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/wirtschaft/Fuer-Phoenix-Betrug-Jahre-spaeter-einstehen;art4325,1190940>

Autor: ROLF OBERTREIS | 29.10.2011

Für Phönix-Betrug Jahre später einstehen

Frankfurt. Die Pleite und die Betrugereien der Anlagefirma Phönix sorgt immer noch für Unmut - auch bei Finanzdienstleistern, die es damals noch gar nicht gab.

11 944 EUR und 54 Cent sind für Gerhard Schaan kein Pappentier. Ende 2009 hat er zusammen mit einem Partner in Frankfurt eine kleine Vermögensverwaltungsfirma gegründet. Damals waren Pleite und Betrugereien der Anlagefirma Phönix schon vier Jahre lang Geschichte. Schaan hat selbst gestaunt wie dreist mehr als 30 000 Anleger über den Tisch gezogen und Schaden von etwa 670 Mio. EUR angerichtet wurden.

Der Banker und Anlageberater mit 30 Jahren Berufserfahrung ärgert sich weiter über Phönix. Die Betrügerfirma bedroht mittelfristig auch sein Unternehmen. Wie viele andere kleine und mittelständische Anlagefirmen soll Schaan heute dafür zahlen, dass die geprellten Anleger entschädigt werden. "Das ist höchst unfair." Die 12 000 EUR würde er lieber in die Rücklagen stecken, um seine Firma und die vier Arbeitsplätze abzusichern.

Schaan hat bei der zuständigen Entschädigungseinrichtung für Wertpapierunternehmen (EdW) Widerspruch eingelegt - ohne auf Erfolg zu hoffen. Er ist bereit, in den Fonds einzuzahlen, aber nicht rückwirkend für einen Fall, mit dem er nichts zu tun hat. Und der eindeutig auf Betrugerei basiert und bei dem die Finanzaufsicht Bafin geschlafen habe. Die von Phönix geprellten Anleger müssen laut Bundesgerichtshof entschädigt werden, sagt Nero Knapp vom Verband unabhängiger Vermögensverwalter (VUV). Dafür ist die EdW zuständig, die 1998 vom Bundesfinanzminister als Zwangseinrichtung für Honorarberater und Vermögensverwalter ins Leben gerufen wurde.

Von 7000 Mitgliedern mit jährlichen Beiträgen von 15 Mio. EUR ging das Finanzministerium aus. Tatsächlich sind es heute nur 800, die 2011 gerade mal 7,5 Mio. EUR an die EdW überweisen. Das langt allenfalls für die laufenden Ausgaben der Behörde mit ihren rund 30 Mitarbeitern, aber nicht für Anwaltskosten. Ganz zu schweigen von Entschädigungszahlungen. Genau diese Diskrepanz hat der Bundesrechnungshof mehrfach bemängelt. Die EdW schätzt die Entschädigung nur für Phönix auf rund 269 Mio. EUR. Davon sind bislang 173 Mio. EUR ausgezahlt.

Der Verband VUV kämpft vor Gericht gegen die Sonderabgaben. Eine vorläufige

Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin erwartet Knapp bis zum Jahresende.

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm

Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung
